



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31 - 33  
Fernschreiber 0 886 890

P/XVII/37 - 13. Februar 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- |        |  |    |
|--------|--|----|
| 1 - 1a | <u>Antidemokratische Stimmungsmache</u><br>Die Gewerkschaften und das soziale Klima in der Bundesrepublik                          | 75 |
| 2 - 3  | <u>Frankreich im Februar</u><br>Dieser Monat brachte schon öfter eine Wende<br>Von unseren Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer | 65 |
| 4      | <u>Die Boxheimer Dokumente</u><br>Ermittlungsverfahren nach 30 Jahren  | 45 |
| 5 - 6  | <u>Abgesang auf Wattenfänger</u><br>Rivalität zwischen rechtsradikalen Splittergruppen   | 60 |
| 7      | <u>"Die blutenden Grenzen Asiens" (VII)</u><br>Hong Kong - Waffenlieferant für Sukarno<br>Von Erwin Erasmus Koch                   | 38 |

\* \* \* \*  
\* \* \*

13. Februar 1962

Antidemokratische Stimmungsmache

SP - Im Zusammenhang mit den noch laufenden Tarifverhandlungen in der metallverarbeitenden Industrie hat es einige unerfreuliche, besorgniserregende Begleiterscheinungen gegeben. Natürlich geht es bei solchen Konflikten hart auf hart zu, aber die in Baden-Württemberg getroffene Regelung widerlegt die in letzter Zeit von interessierter Seite oft wiederholte Behauptung, die Gewerkschaften insgesamt seien volkswirtschaftlichen Vorzugsgründen nicht zugänglich, sie übersehten den Bogen und hätten den Blick für das Ganze verloren.

Die Geschichte der Nachkriegszeit straft diesen unbegründeten und absurden Vorwurf Lügen. Von aller Industrienationen der westlichen Welt hat die Bundesrepublik den geringsten Arbeitsausfall durch Streiks zu verzeichnen. In den Jahren des Aufbaus bewiesen die Gewerkschaften ein hohes Maß von Zurückhaltung, sie liessen Forderungen ungestellt, die an sich berechtigt waren. Sie bewiesen staatspolitische Verantwortung. Sie sicherten die Stabilität der Bundesrepublik. Ohne ihre Mitarbeit stünden wir nicht da, wo wir heute stehen. Wenn heute der kommunistische Einfluss, wie er immerhin in manchen Grossbetrieben in der unmittelbaren Nachkriegszeit zu registrieren war, fast auf den Nullpunkt zurückgedrängt werden konnte, ist dies der umsichtigen, vom Ganzen her bezogenen Tätigkeit der Gewerkschaften zuzuschreiben. Ein Blick auf andere benachbarte Länder sollte jenen zu danken geben, die diese Seite der Gewerkschaftsarbeit nicht erkennen wollen.

Die Gewerkschaften erwarten dafür keinen Dank. Sie haben jedoch Anspruch auf Respekt und Würdigung der staatserhaltenden Rolle, die ihnen in der modernen Wirtschaft zukommt. Was bedenklich stimmt, ist nicht die Schärfe der Auseinandersetzung im Bereich der metallverarbeitenden und der Bauindustrie, in der ab 1. April ein tarifloser Zustand eintritt, wohl aber die von einer antidemokratischen Grundhaltung geprägte Stimmungsmache gegen die Gewerkschaften. Wie weit das geht - dafür nur ein Beispiel. Einige Bauunternehmer waren bereit, den Unorganisierten 150 Mark mehr Urlaubsgeld zu zahlen, nur um den Plan des Vorsitzenden der IG Bau, Steine Erden, Leber, zu Fall zu bringen, der als Anerkennung der Organisationsfunktion der Gewerkschaft ein Mehr-Urlaubsgeld für Organisierte von 30 Mark vorsah. Wegen dieser gewerkschaftsfeindlichen Einstellung einzelner Unternehmer kam es zum Bruch. Es wird sich noch zeigen, ob die Bauindustrie damit gut gefahren ist ...

13. Februar 1962

Kräftig in das Horn antigewerkschaftlicher Ressentiments hat auch der Vorsitzende der FDP, Herr Mende, geblasen. Will er sich hier Lorbeer holen, die ihm als Koalitionspartner der CDU auf anderen Gebieten versagt blieben? Als ungefragten, mit drohendem Zeigefinger auftretenden Mahner fehlen Mende alle Voraussetzungen, einem der Sozialpartner Scheite zu erteilen. Von diesem Mann stammt das böse Wort, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle sei ein Appell an die Faulheit der deutschen Arbeitnehmer - eine vor dem Hintergrund der gewaltigen, seit dem Zusammenbruch erfolgten Aufbauleistung der Arbeitnehmer geradezu ungeheuerliche Beschuldigung. Wer so etwas über seine Lippen bringt, zeigt, wo er steht. Will Mende das Rad der Zeit aufhalten, die Entwicklung der Bundesrepublik zu einem sozialen Rechtsstaat verhindern und damit einer Verpflichtung des Grundgesetzes untreu werden? Das ergäbe unerfreuliche Aussichten für die Zukunft, der so notwendige innere Ausgleich wäre in Frage gestellt. Der FDP-Vorsitzende überschätzt hier freilich seine Kräfte. Der Geist der sozialen Rechtlichkeit spricht gegen ihn und auch die Notwendigkeit, unser Haus so in Ordnung zu halten, dass es kommenden Stürmen gewachsen sein kann.

Herrn Mende wäre zu empfehlen, seinen Blick über die Zonengrenze zu richten. Er sähe sich in der peinlichen Gesellschaft von ungewollter Bundesgenossen. Zwei Tage nach seiner von hemmungslosen Ausfällen begleiteten und gegen die Gewerkschaften gerichteten Darmstädter Rede hat der kommunistische Gewerkschaftsbund des Zonenstaates eine Lügendokumentation veröffentlicht, die der "Richtergruppe" im Deutschen Gewerkschaftsbund eine "zutiefst antisoziale und gewerkschaftsfeindliche" Haltung bescheinigt. Gewiss, diese Lügendokumentation tut niemandem wehe, am allerwenigsten den freien Gewerkschaften. Interessant ist nur die Zielrichtung. Die deutschen Gewerkschaften stehen unter Beschuss von zwei Seiten. Die eine schleudert ihnen den Vorwurf der Maßlosigkeit entgegen, die andere den des Verrats. Auch das werden die Gewerkschaften wohl zu ertragen wissen. Ihre staatspolitische Verantwortung wird sie nicht davon abhalten, den Weg des sozialen Ausgleichs und des Ausbaus der Bundesrepublik zu einem der Massen rechtfertigenden sozialen Rechtsstaat weiter zu verfolgen. Wer versucht, dieses Bestreben zu verunglimpfen, irreführende Behauptungen in die Welt setzt, die Ordnungsfunktionen der Gewerkschaften in Miskredit bringt, beschwört eine Verschärfung des sozialpolitischen Klimas herauf, die staatspolitische Gefahren mit sich bringen muss.

Frankreich im Februar

Von unseren Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Der Monat Februar war für Frankreich mehrmals verhängnisvoll. Am 6. Februar 1934 marschierten die rechtsradikalen Feuerkreuzler und Königsknappen gegen das Parlament. Die Dritte Republik sollte gestürzt und durch einen autoritären Ständestaat ersetzt werden, nach bekannter Muster. Sechs Tage später, am 12. Februar 1934, vertrieb ein Generalstreik der französischen Arbeiter den Spuk. Damit war allerdings das Tor zu einer Linksentwicklung geöffnet, die 1936 zur "Volksfrontregierung" unter dem Vorsitz des Sozialisten Léon Blum und grossen Sozialreformen führte.

Der entgegengesetzte Weg wurde am 6. Februar 1956 eingeschlagen. An diesem Tag begab sich der eben eingesetzte sozialistische Ministerpräsident Guy Mollet nach Algier und wich dort vor dem europäischen Böbel zurück. Das Programm der "Republikanischen Front", mit dem die Sozialisten gemeinsam mit Mendès-France im Januar einen Wahlsieg erfochten hatten, um in Algerien Frieden und Demokratie zu verwirklichen, wurde fallengelassen. Robert Lacoste wurde Algerien-Minister und die rechtsradikalen Ultras diktierten ihre Politik.

Der 6. Februar 1956 führte geradeaus zum 13. Mai 1958, zum Zusammenbruch der Vierten Republik, zur Machtergreifung de Gaulles, zu den weiteren Futschbewegungen der OAS und zur Verlängerung des Algerienkrieges. Aus den faulen Tomaten von damals sind die Plastikkomben von heute geworden. Damals wurde der Keim zu einem Bürgerkrieg gelegt, der sich heute in Algerien und Frankreich entwickelt.

In der öffentlichen Meinung Frankreichs ist es aber in den letzten Jahren zu einem radikalen Umschwung gekommen. Das Paradoxe der Fünften Republik ist, dass sie von rechtsextremen Kräften aus der Wiege gehoben wurde und unter dem Druck der Verhältnisse in Afrika "Linkskurs" steuern muss, ob sie will oder nicht. Das hat mehrere Gründe. Der Algerienkrieg hat sich gesteigert, die internationale Meinung ist in Bewegung. Lösungen, die unter der Vierten Republik noch hinausgeschoben werden konnten, sind jetzt unabwendbar.

13. Februar 1962

De Gaulle, zuerst von der Rechten als Retter ausgerufen, dann von der Mehrheit der Nation als Schlichter eingesetzt, wurde wieder zum "Instrument der Geschichte". Er muss heute vollbringen, was historisch und grundsätzlich eigentlich die Aufgabe der Linken gewesen wäre, wenn sie in Frankreich als geeinte Kraft bestünde, wie z.B. in Grossbritannien, wo die Labourparty das Kolonialproblem nach dem Krieg grosszügig löste, indem sie die Unabhängigkeitsforderungen erfüllte.

Zugleich versucht man aber, in Frankreich selbst ein autoritäres Regime aufrechtzuerhalten. Die eigentliche Ursache der französischen Misere ist die Nichtexistenz der Linken als wirksame organisierte Kraft. Ihre tiefgehende Spaltung in eine relativ starke und moskauhörige kommunistische Partei, eine stark in die Mitte gedrückte Sozialistische Partei ohne Masseneinfluss in Paris, eine dazwischenliegende aktive aber noch kleinere Unabhängige Sozialistische Partei (PSU) und eine innerlich zerrissene Partei Frei-sinniger Radikaler. Ebenso gespalten sind die Gewerkschaften in kommunistische, sozialistische, christliche und autonome Verbände.

Gemeinsam bilden alle diese Parteien und Gruppen der Linken die absolute Mehrheit der französischen Wähler und fast die Gesamtheit der Arbeitnehmer. Sie ziehen es aber vor, getrennt und häufig gegeneinander zu handeln. Nur zu besonderen dramatischen Anlässen finden sie sich zu gemeinsamer Aktion, mehr zufällig als gewollt. Diese unglaubliche Zerrissenheit raubte der Vierten Republik jeden Halt und gefährdet auch die Fünfte Republik. Rechtsradikale Minoritäten erhalten aussergewöhnlichen Einfluss, im Widerspruch zu ihrer wirklichen Kraft.

So konnten die rechtsradikalen Häupter von Algier aus der Vierten Republik ihre Politik vorschreiben, so konnten sie die Armeeführung, die Feder des ganzen Staatsapparates infizieren. So versuchen sie heute noch, mit Bürgerkriegsmethoden den Lauf der Geschichte aufzuhalten.

Die französische Öffentlichkeit hat aber aus dem 6. Februar 1956 Lehren gezogen und will weder vor Faulen Tomaten noch vor Plastikbomben zurückweichen. Auch die Rechtsradikalen haben aber zugelassen und wollen diesmal nicht mehr auf halbem Weg stehenbleiben. Wird der Februar 1962 Frankreich zum Schicksal?

13. Februar 1962

### Die Boxheimer Dokumente

sp - Die Berufungsspruchkammer Berlin hat in der letzten Woche den früheren Reichsbevollmächtigten der Nationalsozialisten in Dänemark und Antschef in NS-Sicherheitshauptamt Dr. Werner Best erneut als Hauptschuldigen eingestuft. Best wurde zur Zahlung einer Summe in Höhe von 100 DM (so gross ist sein noch in Berlin liegendes Vermögen) und der Verfahrens-kosten in Höhe von 65,-- DM verurteilt.

Dennoch hat Dr. Best, der heute in einem grossen Industriebetrieb in Mülheim als Direktor rund 3 000 DM monatlich beziehen dürfte, durch den steuerlichen Spruch rund 70 000 DM gespart. Im Jahre 1958 nämlich war er durch die Berliner Entnazifizierungskammer zu einer Geldstrafe von 70 000 DM verurteilt worden. Bei dem jetzt durchgeführten Berufungsverfahren hatte er aber Erfolg.

Es wird nunmehr damit gerechnet, dass die Frankfurter Generalstaats-anwaltschaft gegen Dr. Best ein Ermittlungsverfahren einleitet, bei dem es um die sogenannten "Boxheimer Dokumente" geht. Die strafrechtliche Ver-antwortlichkeit für diese Dokumente, in denen schon 1931 die grauenhaften Richtlinien für die Säuberungsmaßnahmen der Nationalsozialisten bei ihrer Machtübernahme festgelegt wurden, ist nämlich bisher noch nicht geklärt worden.

Die Dokumente wurden in einer Geheimbesprechung von nationalsozialistischen Führern unter Dr. Best in einem Hotelhaus "Boxheimer Hof" formuliert und Ende 1931 von den hessischen Behörden beschlagnahmt. In den Do-kumenten wurde festgelegt, dass die SA im Falle eines (kommunistischen) Aufstandes nach dessen Niederschlagung auf der Grundlage nationalsoziali-stischer Notverordnungen mit Massenhinrichtungen einschreiten sollte.

Es sollten alle Leute hingerichtet werden, die während des Aufstandes Widerstand leisteten oder im Besitz von Waffen waren. In den Dokumenten ist ferner von der Errichtung von Militärgerichtshöfen unter dem Vorsteitz von Nationalsozialisten die Rede und von einer entschädigungslosen Zwangs-arbeit unter Aufsicht der SA.

Die Formulierung derartiger hochverräterischer Proklamationen war im Weimarer Staat strafbar und ist es heute noch, so dass die ganze Angelegen-heit durchaus noch strafrechtlich durchleuchtet werden könnte. Daneben hat Dr. Best sich in mancherlei Positionen während der nationalsozieli-stischen Zeit hervorgetan. So soll er sich in den Jahren von 1940 bis 1942 der Judenverfolgung in Frankreich schuldig gemacht haben. Als Ministerial-Direktor im Auswärtigen Amt während der Nationalsozialisten war Best schon 1930 der NSDAP beigetreten. Durch den jetzt ergangenen Schuldspruch der Berliner Berufungsspruchkammer sind ihm die Versorgungsansprüche aus dem Weimarer-Gesetz verwehrt worden.

Seine in Dänemark begangenen Taten sind schon durch die Dänen abge-urteilt worden. Der heute 58 Jahre alte Direktor Dr. Best aus Mülheim/Ruhr wurde nach Kriegsende wegen seiner Tätigkeit als Reichsbevollmäch-tigter in Kopenhagen zum Tode verurteilt. Nach sechsjähriger Haft wurde Dr. Best entlassen mit der Auflage, dänischen Boden nie wieder zu betre-ten. Er siedelte sich 1956 dann in Mülheim/Ruhr an.

Abgang auf Rattenfänger

L. Sch. - Mainz

Die rechteradikale "Kameradschaft" hat in den letzten Wochen auch in Rheinland-Pfalz einen Riss bekommen und einen "Bruderzwist im braunen Haus" Platz gemacht. Der Spaltungsprozess wurde am Sonntag durch die Gründung eines Landesverbandes der "Deutschen Freiheitspartei" in Kaiserslautern offiziell dokumentiert. Er wurde von dem Seltenheitswert genießenden bisherigen DRP-Landtagsabgeordneten Hans Schikora (Bacharach) aus der Taufe gehoben und selbstverständlich auch von dieser in der Reichswehr ab 1932 geschulten "Führerpersönlichkeit" an die Kandare genommen. Der rheinland-pfälzische "Stosstruppführer" des rechteradikalen Hamburger Professors Kunstmann, der nach dem Verlust des DRP-Bundesvorsizes in Northeim seine eigene Partei aufzumachen begann, hat damit das dritte Mitgliedsbuch einer auf Rechtsaußen stehenden Splittergruppe in Besitz genommen. Seine "Karriere" führte ihn von der verbotenen SRP über die unter seinem Vorsitz in Rheinland-Pfalz vorübergehend verboten gewesenen DRP jetzt in die DFP.

Wirkliche Demokraten verfolgen dieses "politische Wirken" des Radikalinski aus dem sonst unbescholtener Weinstädtchen Bacharach ohne besondere Sorgen. Es ist nämlich seit zwei Jahren von einem ständigen Mitgliederschwind der DRP in Rheinland-Pfalz begleitet. Der Zenit des Landesverbandes lag um die Jahreswende 1959/60 bei 1.300. Heute dürften die Mitgliederlisten dieser rechteradikalen Splittergruppe nicht einmal mehr 300 Namen zählen. Über einhundert "DRP-Kamerader" hat Schikora als rheinland-pfälzische Mitgift dem "Erwecker des Reichsgedankens und Motor einer geistigen Erhebung der Nation" aus Hamburg zugeführt. Die neuerdings rivalisierenden rechteradikalen Splittergruppen graben sich gegenseitig das Wasser ab, führen einen erbitterten Kampf um Mitglieder und Finanzquellen.

Dabei hatten sich gerade in Rheinland-Pfalz diese Kräfte noch vor Jahresfrist in der Hoffnung gewiegt, in der politischen Entwicklung die Rolle eines "lachenden Dritten" zwischen den demokratischen Parteien

spielen zu können. In dieser Spekulation waren sich auch die DRP-Strategen von Thaddeus und Schikora trotz unübersehbarer Unterschiede in der taktischen Konzeption und im geistigen Format einig. Bald nach dem letzten gemeinsamen Erlebnis der herben Enttäuschung dieser Erwartungen trennten sich dann allerdings die Wege des "Reichsrufers" in Hannover und des zum häufigen Entsetzen der an demokratischen Mäntelchen häkeleiden "Kameraden" allzu NS-seligen Einpeitschers aus Sacharach. Nach einer zuverlässigen Analyse der stark rückläufigen Mitgliederentwicklung bei dem zum Renommierstück der Bundesleitung gewordenen DRP-Landesverband Rheinland-Pfalz waren es gerade die ständigen Ausfälle Schikoras gegen die Demokratie und ihre verantwortlichen Träger, die neben seiner internen Bekenntnissen zu nationalsozialistischem Gedankengut und Wrrungenschaften vielen noch nicht endgültig gebrannten "Mitläufern" die Augen geöffnet und sie zur Abkehr von diesem extremistischen Sektierertum bestimmt haben.

Die Rechnung der Schikora und Konsorten auf eine weitverbreitete "Sehnsucht nach dem" - sprich Dritten - Reich" war also eine klare Fehl-spekulation. Die bräunliche Renaissance findet nicht statt. Der Rechte-radikalismus, das ist die positive Erfahrung der jüngsten Entwicklung in seiner vermeintlichen Hochburg zwischen Rhein, Saar und Mosel, ist für die Wähler der Bundesrepublik keine Versuchung mehr. Er ist zum Dasein eines politischen Nachtschattengewächses und Kaverblümchens verurteilt, er schmort im eigenen Saft und frisst seine eigenen Kinder.

Wachsamkeit und Abwehrbereitschaft aller demokratischen Kräfte haben die Rattenfänger entlarvt, ihre misswöhnenden Instrumente ungefährlich gemacht. Auch die neue Firma des Herrn Schikora wird über ein Hinterzimmer-Dasein unbelohnbarer Sektierer nicht hinauskommen. Die ihr zugedachte Aufgabe, dem Chef erneut den Weg zu einem Landtagsmandat zu ebren, ist eine Illusion, die vor der Mündigkeit der Wähler wie eine Seifenblase zerplatzen wird.



"Die blutenden Grenzen Asiens" (VII)

Hong Kong - Waffenlieferant für Sukarno

Von Erwin Erasmus Koch

Hong Kong, Anfang Februar

Nachdem Rotchina dem Präsidenten von Indonesien jede nur denkbare Hilfe zur "Befreiung" West-Iriens angeboten hat, nachdem weiter vor der Goldküste von Neu-Guinea ein erstes Gefecht für die Indonesier mit dem Verlust von zwei Torpedobooten verloren ging, verstärkt die Regierung von Djakarta ihre auf dem grössten Teil langfristig kreditierten Käufe von verschiedenartigsten Kriegsmaterialien und Nahrungsmitteln in Hong Kong. Eines der letzten Geschäfte dieser Art hatte den Gegenwert von 30 Millionen Dollar. Es wurde jedoch nicht bekannt, ob Sukarno bereits Mao Tse-tung eine Zusage erteilte. Warum aber sollte Sukarno die Hilfe des grössten Staates der Erde ablehnen? Er wird es gewiss nicht tun, wenn er mehr Waffen im Kampf gegen die Niederländer braucht, da er selbst die Vereinten Nationen für "die Behandlung der indonesischen Probleme" (wie es auch Nehru für Indien tut), offenbar ausschliesst.

Schlechte Beispiele verderben die guten Sitten. "Antara", die indonesische Zeitungskorrespondenz in der offiziellen Stellung von TASS verbreitet die sachliche Feststellung, dass Mister Liu Shao-chi, das Staatsoberhaupt Rotchinas, und der Premier Tschou En-lai ihre Verhandlungen mit den Gesandten Indochinas in Peking fortsetzen. "Die Unterhandlungen betreffen auch den Wunsch zahlreicher asiatischer und afrikanischer Nationen, durch die Stellung von Freiwilligen das tapfere indonesische Volk in seinem Kampf gegen den holländischen Imperialismus zu unterstützen." Sukarno liess darüber mitteilen, dass Indonesien seine Alliierten suchen müsse, wo es sie finde, jedenfalls dann, wenn Australien oder sonst eine Nation des Westens den Niederländern ihre Hilfe leihe.

Unterdessen ist die GARUDA Indonesian Airways, die staatliche Luftfahrtgesellschaft zur Unterstützung der Luftwaffe für den Transport von Kriegsmaterialien und Soldaten bestimmt worden. Es heisst auch, dass bereits indonesische Guerillas in West-Irian gelandet seien. Andererseits werden in Manila, auf den Philippinen, geheime Gespräche zwischen Beauftragten Sukarnos und der Niederlande geführt.

Auch in Washington sollen gleichartige Verhandlungen fortschreiten. Es scheint jedoch, dass sich Sukarno damit vor allem einer Taktik in seiner revolutionären Strategie - wohl nach Ratschlägen des erfahrenen Teamleiters Mao Tse-tung - bedient. Unter den Asiaten herrscht die Meinung vor, dass Sukarno ohne den Krieg nicht mehr auskommen kann. Die Exporteure haben in Hong Kong mit sässsauren Mienen in die Kreditgeschäfte eingewilligt. Sie erfuhren gerade, dass in Laos durch eine Zerstörung der laotischen Währung 500 000 Dollar "eingefroren" sind.

Verantwortlich: i.V. Albert Exler